

Marcus Böick
Constantin Goschler
Ralph Jessen (Hg.)

Jahrbuch Deutsche Einheit 2020

Ch. Links Verlag, Berlin

Das Jahrbuch Deutsche Einheit entsteht in Kooperation mit
der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.



Editorische Vorbemerkung:

Die Anmerkungen finden sich jeweils am Ende der Beiträge.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über
www.dnb.de abrufbar.

1. Auflage, September 2020

© Christoph Links Verlag GmbH

Prinzenstraße 85 D, 10969 Berlin, Tel.: (030) 44 02 32-0

www.christoph-links-verlag.de; mail@christoph-links-verlag.de

Lektorat: Dr. Daniel Bussenius, Berlin

Umschlaggestaltung: Nadja Caspar, Ch. Links Verlag

Satz: Marina Siegemund, Berlin

Druck und Bindung: Druckerei F. Pustet, Regensburg

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier

ISBN 978-3-96289-102-2

Inhalt

<i>Marcus Böick · Constantin Goschler · Ralph Jessen</i> Die deutsche Einheit als Geschichte der Gegenwart Einleitung	9
<i>Ralph Jessen</i> Revolution und Transformation Anerkennungskämpfe in der Vereinigungsgesellschaft	24
<i>Raj Kollmorgen</i> Eine ungeahnte Renaissance? Zur jüngsten Geschichte der Transformations- und Vereinigungsforschung	46
<i>Thomas Lindenberger</i> Wahrheitsregime und Unbehagen an der Vergangenheit Ein Versuch über die Unaufrichtigkeiten beim deutsch-deutschen Zusammenwachsen	73
<i>Jörg Ganzenmüller · Anke John · Christiane Kuller</i> Die Ostdeutsche Erfahrung Auswege aus einem polarisierenden Deutungskampf über unsere Geschichte vor und nach 1989	95
<i>Annette Weinke</i> Ost, West und der Rest Die deutsche Einheit als transnationale Verflechtungsgeschichte	120

Christina Morina

Geteilte Bilanz

Überlegungen zu einer politischen Kulturgeschichte Deutschlands
seit den 1980er-Jahren

145

Detlev Brunner

Auf dem Weg zur »inneren Einheit«?

Transformation und Protest in den 1990er-Jahren

169

Dierk Hoffmann

Von der Plan- zur Marktwirtschaft

Die Treuhandanstalt und die Privatisierung
der ostdeutschen Wirtschaft

187

Christoph Lorke

Von »Besserwessis« und »Jammerosis«

Administration im Übergang, kommunale »Verwaltungshilfe«
und westdeutsche »Aufbauhelfer«

206

Marcus Böick · Constantin Goschler · Benno Nietzel

Die beratene Transformation

Westdeutsche Experten in Ostdeutschland nach 1990

230

Heinz Bude · Anna Eckert · Inga Haese

Verlorener Boden, gewonnenes Land

Zivilgesellschaftliche Rekonstruktionen in Ostdeutschland

251

Dominik Stegmayer · Philipp Ther

**Die Große Transformation des vereinigten Deutschlands
nach Karl Polanyi und Pierre Bourdieu**

Biografische Brüche in der Marktgesellschaft am Beispiel
des VEB Werk für Fernsehelektronik

271

Kerstin Brückweh · Clemens Villinger · Kathrin Zöller

Die lange Geschichte der »Wende«

Differenzierung als neue Meistererzählung

293

Stefan Wolle

Von Abschied bis Zärtlichkeit

Erfahrungen mit den Fotoausstellungen »Voll der Osten«
und »Umbruch Ost«

313

Frank Bösch

Ostdeutsche Medien im gesellschaftlichen Wandel

Presse, Musikkultur und regionale Identität nach 1990

333

Anhang

Autorinnen und Autoren

350

Bildnachweis

357

Die deutsche Einheit als Geschichte der Gegenwart

Einleitung

Wie hältst du's mit der Einheit? Diese geschichtspolitische Gretchenfrage wurde unlängst wieder häufiger gestellt. Im Jahr 2019 ist der Erinnerungsstreit um den raschen Übergang vom östlichen Realsozialismus zum westlichen Liberalismus in Ostdeutschland und ganz Osteuropa mit Macht auf die Agenda zurückgekehrt. Nach einem um die Jahrtausendwende einsetzenden Dornröschenschlaf, als das Thema meist nur noch unter ostdeutschen Betroffenen mit untergründigem Grummeln besprochen wurde, wirkten jüngst mehrere Entwicklungen wie erinnerungskulturelle Zündhölzer: einmal natürlich die mit großem medialen Fleiß abgearbeiteten 30. Jahrestage von Friedlicher Revolution, Volkskammerwahlen und Vereinigung. Zudem befeuerten die spektakulären Wahlerfolge der AfD seit 2015 ein reges Interesse an längst überwunden geglaubten Ost-West-Friktionen und deren langfristigen Ursachen. Schließlich tut auch der generationelle Wandel sein Übriges: Während Zeitzeugen und Akteure die geschichtspolitischen Bühnen und Podien allmählich verlassen, blicken jüngere Autorinnen und Autoren anders auf die bislang kaum thematisierte Zeit nach dem zu Tode zitierten »Ende der Geschichte«. Es ist diese vielschichtige Mixtur, die den jüngsten Diskussionen um den 30. Jahrestag einen merklich skeptischeren Grundton verleiht.

Die Antwort auf die schon in den 1990er-Jahren oft emotional stark aufgeladene Frage, ob die »Einheit« nun als Erfolg oder Misserfolg zu betrachten sei, hängt in hohem Maße von den jeweiligen Perspektiven und Grundannahmen ab – und das fängt bereits bei den grundlegenden Begriffen an: Während »Deutsche Einheit« und »(Wieder-)Vereinigung« aus liberal-konservativer Perspektive zumeist als nationale Erfolgs- und Normalisierungsgeschichte betrachtet werden, erkennen linke Stimmen hierin gern einen kapitalistischen »Anschluss« in Form einer »Übernahme« oder gar »Kolonialisierung« des Ostens durch den Westen. Erstere deuten das Jahr 1989/90 als gelungenen und

im Grunde alternativlosen Abschluss von deutschen »Sonderwegen« und als Ende der europäischen Nachkriegszeit; Letztere erblicken hierin den globalen Triumph einer neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Geschichten von spektakulären Erfolgen und dramatischem Scheitern prallen auch in den Jahren 2019/20 unvermittelt aufeinander.

In diesen vielstimmigen Chor bringen sich zunehmend auch die Geschichtswissenschaften ein. Ihnen ermöglicht die gerade stattfindende Erschließung und Öffnung zentraler Aktenbestände nach Ablauf der 30-jährigen Sperrfrist neue, quellengesättigte Forschungsansätze. Sie betreten jedoch keine leere Bühne – im Gegenteil: Bereits ab 1990 entfalteteten sich nahezu unüberschaubare zeitgenössische Forschungen, die zumeist von den Sozial-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften dominiert wurden. Tausende kleinere und größere Forschungsvorhaben schwankten zwischen einer übergeordneten Vogelperspektive, die »Modernisierung« und »Transformation« als gesellschaftliche Ost-West-Anpassungsprozesse untersuchte, und individualisierenden Mikroansätzen, die die herausfordernden »Übergänge« beziehungsweise »Umbrüche« für die betroffenen »Subjekte« im spannungsreichen Alltag in den Blick nahmen. Die Resultate dieser ersten Welle der zeitgenössischen Transformationsforschung sind jedoch nach ihrer Blüte zur Mitte der 1990er-Jahre spätestens in den frühen 2000er-Jahren weitgehend verblasst.

Die Historisierung der Transformations- und Umbruchzeit steht vor erheblichen Herausforderungen. Primärerfahrung, Geschichtspolitik und wissenschaftliche Reflexion erscheinen gerade mit Blick auf die frühen 1990er-Jahre stark miteinander verwoben. Doch kann das zwischen Rechts und Links, Ost und West und zunehmend auch Alt und Jung regelrecht erstarrte Debattenfeld von methodischen Prinzipien und Einsichten profitieren, die sich die Zeitgeschichtsschreibung seit Längerem auf ihre professionellen Fahnen schreibt – perspektivische Distanzierung, empirische Differenzierung sowie vielstimmige Diskussion und Reflexion. Hierfür will das vorliegende *Jahrbuch Deutsche Einheit* ein Forum bieten.

»Einheit« als Gegenstand der Beobachtung

Ein zeithistorisches Journal, das die »Deutsche Einheit« im Namen führt, kommt nicht umhin, über den titelgebenden Begriff zu reflektieren. »Einheit« ist weder ein wissenschaftlicher Analysebegriff noch erschöpft sich seine Bedeutung in der deskriptiven Benennung der »staatlichen Vereinigung«, die mit

dem Einigungsvertrag vom 31. August 1990 besiegelt wurde. Dass in dem Begriff weit mehr als die nüchterne Beschreibung der Wiederherstellung des deutschen Nationalstaats nach 40-jähriger Teilung steckt, zeigen ja schon die immer wieder aufgeworfenen Fragen nach Erfolg oder Scheitern, Reichweite und Grenzen, Kosten und Erträgen »der Einheit«, hinter denen ganz unterschiedliche Vorstellungen darüber stecken, was denn »die Einheit« eigentlich ausmacht oder ausmachen soll. »Einheit« kommt als ein scheinbar schlichter Beschreibungsbegriff daher. Tatsächlich aber entwickelte sich dieser seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert im deutschen Sprachraum zu einem ebenso vagen wie voraussetzungsreichen und normativ aufgeladenen *Erwartungsbegriff*:

»Diese Tendenz wurde immer ausgeprägter, je mehr die Wirklichkeit hinter den konkreten Einheitserwartungen zurückblieb, und begann schließlich, vor allem nachdem das Ziel der nationalen Einheit erreicht war und deutlich wurde, dass ein großer Teil der damit verbundenen, oft übersteigerten Hoffnungen, sowohl in politischer als auch in sozialer Hinsicht, unerfüllt blieb, zu dominieren. Der Begriff ›Einheit‹ verband sich jetzt mehr und mehr mit politischen und sozialen Wunschbildern mannigfaltiger Art, mit denen man der staatlichen und gesellschaftlichen Wirklichkeit begegnete.«¹

Was sich wie eine nüchterne Gegenwartsdiagnose liest, hatten die Autoren der eben zitierten Passage, Lothar Gall und Dirk Blasius, in ihrer 1975 erschienenen begriffsgeschichtlichen Studie auf das späte 19. Jahrhundert gemünzt. Einheitshoffnungen und Einheitsversprechungen – von der Beschwörung nationalen Zusammenhalts über die Vision kultureller Homogenität und die Fiktion ethnischer Reinheit bis zur »Einheit der Arbeiterklasse« oder zur sozialpolitischen Angleichung unterschiedlicher Lebensverhältnisse – gehörten seither zum lagerübergreifenden Standardrepertoire der politischen Rhetorik. Stets standen sie in Spannung zur inneren Vielfalt und Offenheit moderner Gesellschaften, zur sozialen, kulturellen, religiösen und ethnischen Pluralität, zu Unterschieden nach Alter und Geschlecht, zu regionalen Disparitäten zwischen Nord und Süd, Ost und West. Wie viel »Einheit« und wie viel »Vielfalt« bezogen auf welche Dimensionen wann von wem ersehnt, gefordert und für legitim gehalten wurde, war und ist überaus variabel und historisch kontingent. Selbst das bislang erfolgreichste Konzept zur Bündelung von »Einheits«-Erwartungen, die »imaginierte Gemeinschaft« der Nation, ist mit sehr unterschiedlichen Formen und Graden innerer Homogenisierung und äußere-

rer Abgrenzung vereinbar.² »Einheit«, das ist hier nachdrücklich zu unterstreichen, war und ist ein Quellenbegriff der politisch-sozialen Sprache. Er müsste daher in diesem Jahrbuch eigentlich immer in distanzierende Anführungszeichen gesetzt werden – aus pragmatischen Gründen wird in den folgenden Beiträgen darauf verzichtet. Die »Deutsche Einheit« ist der Beobachtungsgegenstand dieses Jahrbuches, nicht sein normatives Credo. Seine Beiträge studieren, welche Vorstellungen und Ziele mit dem Projekt »Deutsche Einheit« verbunden waren, wie diese legitimiert wurden und welche Hoffnungen sich an sie knüpften. Sie interessieren sich ebenso für Einheitsdiskurse wie für Differenz-erwartungen. Es geht um die politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und mentalen Umbrüche, die nach 1990 im Gehäuse des wiederhergestellten deutschen Nationalstaats stattfanden, um deren Folgen und die mit ihnen verbundenen Konflikte. Die Rede von der »Deutschen Einheit« ist die begründende und legitimierende Rahmenerzählung dieses tiefgreifenden Transformationsprozesses, die in ihren konkreten Inhalten, Präsentationsformen und Erwartungsgehalten selbst zu reflektieren und zu historisieren ist.

Gegenstandsebenen: Struktur – Erfahrung – Erwartung

Die zeithistorische Erforschung der Zeit vor und nach 1990 wurde von einer eigentümlichen Situation geprägt: Unmittelbar nach dem Ende der Eigenstaatlichkeit der DDR wurden die Akten von Staat und Partei umfassend zugänglich gemacht, und mit Einschränkungen galt dies auch für die Akten des Sicherheitsapparates. Während in liberalen Demokratien entsprechende Quellenbestände üblicherweise etwa 30 Jahre verschlossen bleiben, ähnelte die radikale Offenlegung der archivalischen DDR-Hinterlassenschaft dem Umgang der bolschewistischen Revolutionäre mit den diplomatischen Geheimunterlagen des Zarenreichs oder dem der siegreichen Alliierten mit den Akten des NS-Regimes. Die Aufhebung des Arkanums der in den Akten kondensierten staatlichen Geheimnisse bedeutet gewissermaßen die Höchststrafe für ein untergegangenes Regime: vollständige Transparenz. Für die Forschung hatte dies jedoch die Folge, dass einerseits alle ostdeutschen Akten bis 1989/90 sofort zugänglich waren, während andererseits nicht nur die westdeutschen Archive weiterhin die 30-Jahresfrist einhielten, sondern selbstverständlich auch die Akten der vereinigten Bundesrepublik seit 1990 gesperrt blieben – erst in jüngster Zeit werden diese ganz allmählich zugänglich. Diese doppelte Asymmetrie – zwischen der Erforschung Ost- und Westdeutschlands bis 1990 und

zwischen der Erforschung der Zeit vor und nach 1989/90 – bestimmte somit Gegenstände und Ansätze der Zeitgeschichtsforschung: Bis vor Kurzem war sie kaum in der Lage, die Geschichte des Einigungsprozesses gründlich zu untersuchen.

Demgegenüber herrschte gleich nach 1990 ein Boom der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung, die teils analysierend, teils teilnehmend-beobachtend den Umbau Ostdeutschlands intensiv untersuchte und dabei viel geleistet hat. Den Ton gaben dabei freilich vor allem westdeutsche Sozialwissenschaftler an, die diesen Prozess für eine gute Dekade als ein fruchtbares Forschungsgebiet betrachteten.³ Als sie sich dann allmählich wieder zurückzogen, hinterließen sie neben einer umfangreichen Bibliothek an Veröffentlichungen riesige Datenmengen und komplexe Interpretationen, die die Zeitgeschichtsforschung, die jetzt zunehmend dieses Feld betritt, bei ihren Fragestellungen und Thesen zu berücksichtigen hat. Damit wird eine Frage akut, die Rüdiger Graf und Kim Christian Priemel bereits vor einigen Jahren aufgeworfen haben: »Was können Zeithistoriker, was so nur Zeithistoriker können?«⁴ Sie kritisieren die verbreitete Praxis, die Ergebnisse und Kategorien der zeitgenössischen sozialwissenschaftlichen Forschung vornehmlich als Steinbruch zu benutzen und dabei die mitunter beeindruckend scharfsinnigen Zeitdiagnosen dieser Jahre unreflektiert fortzuschreiben. Demgegenüber fordern Graf und Priemel eine grundsätzliche Historisierung zeitgenössischer sozialwissenschaftlichen Studien, die zunächst einmal als Quellen betrachtet werden sollten, anstatt den eigenen analytischen Horizont zu bestimmen.⁵ Ihre Forderung, zeitgenössische sozialwissenschaftliche Konzepte und Interpretationen zu historisieren, wurde meist zustimmend aufgenommen, auch wenn einige sozialhistorisch arbeitende Zeithistorikerinnen und -historiker einen zu weitgehenden Angriff der sozialkonstruktivistischen Kulturgeschichte auf die von den Sozialwissenschaften produzierten Quellen befürchteten und dafür plädierten, die empirischen Ergebnisse und Datensätze der sozialwissenschaftlichen Forschung als Grundlage einer kritischen Sekundäranalyse zu nutzen.⁶

Aus dieser Debatte folgt zunächst, dass sich die zeithistorische Forschung – ohne dabei überheblich zu werden – sowohl mit den empirischen Befunden als auch mit den Interpretamenten und Konzepten der zeitgenössischen sozialwissenschaftlichen Forschung kritisch-reflektierend auseinandersetzen muss. Dazu gehört nicht zuletzt das wirkmächtige Konzept der Transformation, das nach der staatlichen Vereinigung als sozial-, wirtschafts- und politikwissenschaftlicher Leitbegriff diente.⁷ Die dort eingeschriebene Deutung des Eini-

gungsprozesses als »nachholende Modernisierung« Ostdeutschlands prägte im Kontext des »Aufbau Ost« zugleich den politischen Gestaltungshorizont vor allem des ersten Jahrzehnts nach 1990. Die aufgrund des gewachsenen Zeitabstands und des sich allmählich verbessernden Quellenzugangs einsetzende Historisierung der Folgen der deutschen staatlichen Vereinigung ermöglicht demgegenüber, diese Entwicklungen nicht mehr länger aus dem zeitgenössischen Horizont heraus zu analysieren. Zunehmend löst sich die zeitgeschichtliche Forschung aus den alten Schlachtordnungen und bietet differenzierte Analysen an. Gleichzeitig rücken die zeithistorischen Forschungsfragen jedoch in den Horizont gegenwärtiger politischer und gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und Deutungskonflikte ein. Insofern ist die historische Forschung nicht prinzipiell »objektiver« als die sozialwissenschaftliche Forschung der Jahre nach 1990. Aber sie vermag deren zeitliche Bedingtheit zu reflektieren und in einer offenen wissenschaftlichen Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Positionen die Ambivalenzen des Einigungsprozesses differenzierter zu erfassen, als dies bislang möglich war.

Die in diesem Band versammelten Beiträge demonstrieren, dass die zeithistorische Forschung bei der nun anstehenden Historisierung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen wie kulturellen Folgen der deutschen staatlichen Vereinigung zumindest idealtypisch zwei unterschiedliche Perspektiven einnimmt, die sich mit Struktur und Erfahrung überschreiben lassen. Dies verlängert einen Gegensatz, der bereits bei der Erforschung der DDR-Geschichte auftrat: Dort konkurrierte ein strukturorientierter Blick auf die »durchherrschte Gesellschaft« mit einem an Erfahrungen und sozialen Praxen orientierten Blick auf alltägliche Lebenswelten. Zudem korreliert dies mit dem Gegensatz von makrosoziologischer Strukturanalyse und kulturwissenschaftlicher Diskursanalyse, der die Transformationsforschung seit den 1990er-Jahren prägte: Während die politik- und sozialwissenschaftliche Transformationsforschung Makroanalysen des »Aufbruchs der entsicherten Gesellschaft«⁸ lieferte, übersah die postmodern imprägnierte Kulturgeschichte vor lauter sozialer Konstruktion gelegentlich die parallel stattfindende Dekonstruktion des Sozialen.

Ebendiese sozialen Verwerfungen bestimmen nun in hohem Maße die zeithistorische Forschungsagenda. Das latent teleologische Paradigma der nachholenden Modernisierung ist vielfach einer Perspektive gewichen, die die Kosten und Folgewirkungen der Vereinigung diskutiert. Damit richtet sich der forschende Blick nicht nur auf die vergangene Zukunft der Erwartungen der 1990er-Jahre. Gleichzeitig geht es zunehmend um die subjektiven Dimensio-

nen der Folgen der staatlichen Einigung, und damit um die Erfahrung und Deutung dieses Prozesses. Einerseits wird dabei gelegentlich weiterhin die aus strukturellen Faktoren resultierende »alternativlose Notwendigkeit« vieler Erscheinungen des sozioökonomischen Umbruchs in Ostdeutschland beschworen. Andererseits wird Erfahrungsgeschichte teilweise unmittelbar in ein Opfer- und Überwältigungsnarrativ übersetzt. Insgesamt scheint sich aber allmählich eine Tendenz durchzusetzen, Strukturen und Erfahrungen nicht einfach als Gegensatz von System und Lebenswelt zu verstehen. Stattdessen besteht die zentrale Herausforderung für zeithistorische Analysen der Folgen der staatlichen Einigung darin, Wege zu suchen, wie sich diese Perspektiven produktiv verbinden lassen. Auch hierfür bieten die Beiträge dieses Bandes vielfältige Beispiele. Auf unterschiedliche Weise gehen sie einem Grundproblem der Geschichtswissenschaft überhaupt nach, nämlich dem nicht nur erleidenden, sondern immer zugleich auch gestaltenden Verhältnis der Menschen zu den von ihnen vorgefundenen Verhältnissen.

Geschichte der »Einheit« als Beziehungsgeschichte

Mit seinem Beschluss über die Verlegung des Regierungssitzes von Bonn nach Berlin machte der Deutsche Bundestag am 20. Juni 1991 nach eigenem Verständnis einen letzten Schritt auf dem Weg zur »Vollendung der Einheit«. ⁹ Nachdem die DDR bereits am 3. Oktober 1990 untergegangen war, symbolisierte die Hauptstadtentscheidung das Ende der »Bonner Republik«. Die Geschichte der Deutschen Einheit ist seitdem die Geschichte des vereinten Deutschlands in der »Berliner Republik«. Aber genauso wenig, wie sich die »Bonner« und die »Berliner« Republik als Epochenbegriffe durchgesetzt haben, kann davon die Rede sein, dass der Prozess der Deutschen Einheit das ganze Land in gleicher Weise betroffen hat – trotz der Degradierung Bonns zur »Bundesstadt«. Jenseits der Festinszenierungen zum 3. Oktober dominiert die Wahrnehmung, dass die Geschichte der Deutschen Einheit vor allem eine Geschichte der mehr oder weniger gelungenen Anpassung des defizitären Ostens an den maßstabsetzenden Westen war und ist. Der Prozess der Vereinheitlichung wird in Politik, Öffentlichkeit und Wissenschaft je nach Standpunkt als eine 1990 beginnende Modernisierungs-, Verlust- oder – neutraler – Transformationsgeschichte der »neuen Länder« verstanden. ¹⁰ Zugleich hat die Koinzidenz von staatlicher Vereinigung und postkommunistischer Transformation eine doppelte Dekontextualisierung begünstigt. Erstens in zeitlicher Hinsicht:

Da der Untergang der SED-Diktatur auch das Ende der DDR als Staat zur Folge hatte, erschien die Zäsur von 1989/90 viel tiefer als in Ländern mit unveränderter Staatlichkeit wie Polen oder Ungarn. Zweitens in räumlicher Hinsicht, denn durch den Verlust ihrer Eigenstaatlichkeit wechselten die Gebiete der ehemaligen DDR in gewisser Weise aus einem ost- in einen westeuropäischen Kontext.

Ohne die Leistungen der älteren Transformationsforschung in Abrede zu stellen, wird man von der Historisierung des Prozesses der Deutschen Einheit erwarten, dass sie sich sowohl von der Verinselung als auch von der zeitlichen und räumlichen Dekontextualisierung ihres Gegenstandes löst. Selbstverständlich wird man wie bereits angedeutet den ostdeutschen Transformationsprozess nach 1989/90 aus größerer zeitlicher Distanz, mit neuen Quellen, innovativen Methoden und anderen Fragestellungen weiter mit Gewinn erforschen. Stärker als bisher sollte die Geschichte der Einheit aber als Beziehungsgeschichte konzipiert werden, und zwar in vierfacher Hinsicht: Erstens wird die Frage nach dem Verhältnis von Kontinuität und Diskontinuität über den Systembruch von 1989/90 hinweg ernster zu nehmen sein, also die diachrone Beziehungsgeschichte sowohl der DDR als auch der »alten« BRD mit dem vereinten Deutschland nach 1990. Die Forschungen zur »langen Geschichte der Wende« verfolgen einen solchen Zugriff mit Blick auf Erfahrungen und Mentalitäten.¹¹ Aber nicht nur aus dieser Perspektive lohnt es sich, nach dem Verhältnis von Pfadabhängigkeiten und Kontinuitäten zu Abbrüchen und Neuanfängen in Ost und West zu fragen. Zweitens eröffnen die gewachsene zeitliche Distanz und eine historische Untersuchungsperspektive die Chance, die Geschichte der Einheit expliziter und differenzierter als eine innerdeutsche Beziehungs- und Verflechtungsgeschichte zu konzipieren, die nicht allein als west-östliche Einbahnstraße funktionierte. Die Erkenntnis, dass auch die »alte Bundesrepublik« Geschichte ist und dass die westlichen Bundesländer ebenfalls nicht unverändert durch den Prozess der Einheit gegangen sind, ist zwar nicht neu, hat aber nur selten forschungspraktische Konsequenzen gehabt.¹² Wie genau sich die westliche »Ko-Transformation« (Philipp Ther) abgespielt hat, worauf sich diese erstreckte, welche Folgen sie hatte und wieweit sich der Prozess der Einheit tatsächlich als Beziehungsverhältnis von Transformation und Ko-Transformation verstehen lässt, ist noch wenig untersucht. Drittens sollte die Geschichte des vereinten Deutschlands mehr als bisher in ihren europäischen Bezügen und Verflechtungen studiert werden. Der ostdeutsche Sonderweg einer Systemtransformation unter den Bedingungen von Souveränitätsverzicht und Institutionentransfer hat dazu geführt, dass nur selten ver-

tiefend nach Gemeinsamkeiten mit anderen osteuropäischen Transformationsgesellschaften gefragt wurde.¹³ Zu wenig ist auch über die Verbindungen zwischen den innerdeutschen Entwicklungen der 1990er- und 2000er-Jahre und den vielschichtigen Prozessen der Europäisierung bekannt, obwohl die Einbindung des Projekts Deutsche Einheit in den Kontext der europäischen Integration und des Ausbaus der europäischen Institutionen geradezu zur Staatsräson der Wiedervereinigung gehört hatte. Zur Markierung einer letzten Beziehungsdimension ist schließlich viertens das Stichwort Globalisierung zu nennen. Wenn man die Geschichte der Deutschen Einheit nur als eine Art *nation (re-)building* beschreibt und die Aufmerksamkeit auf die innerdeutschen Binnenentwicklungen fokussiert, gerät leicht aus dem Blick, dass diese in vielfacher Weise mit globalen Großprozessen verknüpft waren. Man braucht nur auf die Migrationsgeschichte seit den späten 1980er-Jahren und ihre sozialen, kulturellen und politischen Rückwirkungen zu schauen, um sich die Relevanz dieser Dimension vor Augen zu führen. Auch die Frage der Chronologie und der für die Tiefenprozesse des Wandels maßgeblichen Zäsuren kann aus dieser Perspektive neu gestellt werden – etwa wenn man an die Thesen von Frank Bösch denkt, der die Welt von heute nicht 1989, sondern mit der globalen »Zeitenwende 1979« beginnen lässt.¹⁴

Die Geschichte der Einheit als politische Diskursgeschichte

Für die nun verstärkt einsetzende Historisierung der Umbrüche nach 1990 bleibt eine zentrale Herausforderung bestehen: das Nachdenken, Streiten und Reden über die »Einheit« nach 1990 selbst als eine ebenso komplexe wie konfliktreiche politische Diskursgeschichte zu begreifen und zu beschreiben. Die bereits sehr zeitnah von Spitzenpolitikern beschworene und alsdann politisch oft kritisierte »Mauer in den Köpfen« ließ sich als erster, noch sehr eruptiver Ausdruck ganz unmittelbarer deutsch-deutscher Begegnungs- und gegenseitiger Fremdheits- und Entfremdungserfahrungen nach 1990 fassen. Derlei Beobachtungen mündeten schon bald in das allgegenwärtige Ideal einer rasch anzustrebenden »inneren Einheit«, deren jeweiligen Stand es in Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit mit größter Energie zu vermessen, diskutieren und problematisieren galt und auch noch immer gilt.¹⁵ In europäischen beziehungsweise transatlantischen Außenperspektiven nahm sich dies als aufmerksam registrierte deutsch-deutsche Nabelschau aus, welche den 1989/90

noch durchaus virulenten Befürchtungen vor einem die Mitte Europas erneut dominierenden »Vierten Reich« rasch den Boden entzog. Die ost-west-gefurchte »Berliner Republik« war viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt, als dass sie aggressiv auf eine zwischen Ost und West schwankende Hängebrücke überschießend-nationalistischer Hegemonial- oder gar Weltmachtfantasien des frühen 20. Jahrhunderts zurückkehren konnte oder wollte.¹⁶ Es war auch dieser innengewandte deutsche politische Diskurs, der im Verein mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag, den ihn begleitenden Abkommen sowie der NATO-beziehungsweise EU-Osterweiterung eine wesentliche Grundlage für eine zumindest bis in die späten 2000er-Jahre weitgehend stabile europäische Nachkriegsordnung bildete.¹⁷

Innerhalb der deutsch-deutschen »Vereinigungsgesellschaft« entwickelten sich die fortwährende zeitgenössische (Selbst-)Beobachtung und Diskussion der Transformation, ihrer Ziele, (Zwischen-)Bilanzen und Ergebnisse zu einem integralen Teil des Prozesses selbst. Zahlreiche Akteure, Themen und Knotenpunkte prägten diesen permanenten innerdeutschen Diskurs. Das fortwährende Reden, Schreiben und Streiten über die »innere Einheit« diente dabei sowohl zur Beschreibung der umstrittenen Umbruchsprozesse als auch eines irgendwie zu erreichenden Idealzustands, der zumindest in den 1990er-Jahren häufig als eine Art soziokulturelles »Normalnull« westdeutscher Selbstreflexivität konzipiert und imaginiert wurde. Komplexe Vergangenheiten (nicht nur mit Blick auf DDR und »alte« Bundesrepublik, sondern auch auf Nationalsozialismus, Weltkrieg und Shoah), eine als krisenhaft wahrgenommene Gegenwart (etwa des Sozialstaates oder des Bildungswesens) sowie eine ungewisse Zukunft (in europäischer oder globaler Dimensionierung) wurden immer wieder aufs Neue verhandelt – nicht nur, aber immer auch durch das Ost-West-Prisma. Die beiden Enquete-Kommissionen des Bundestages waren zwischen 1992 und 1998 besonders exponierte erinnerungskulturelle Orte für derlei Auseinandersetzungen, wobei die zweite bereits der »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit« verpflichtet war.¹⁸ Zugleich schickten beständige intellektuelle wie publizistische Kontroversen weitere Impulse in dieses vielschichtige Diskursfeld – vom scharfen »Literaturstreit« um Christa Wolf im Sommer 1990 bis zu der aus heutiger Perspektive geradezu ins Mythische überhöhten Heilserwartung an den alle Gegensätze intellektuell durchdringenden »Wende-Roman«.¹⁹

Diese vielfältigen Konfliktlagen prägen auch das Feld symbolischer Politiken und (post-)nationaler Repräsentationen. Die obligatorischen Jahrestage von »Friedlicher Revolution« und »deutscher Einigung« – der erinnerungs-

kulturell komplexe 9. November beziehungsweise der recht abstrakte 3. Oktober – dienen dabei als Fixpunkte. Der im Jahresturnus stets aufs Neue aufflackernde Streit um die politischen Selbst-Inszenierungen zum »Tag der Einheit«, dessen zentrale Festveranstaltung im föderalen Jahreskreis durch die Landeshauptstädte tourt, zeigt an, wie prekär derartige nationale Selbstvergewisserungen noch immer erscheinen. Ähnlich skurril und verschlungen verlief auch die nicht beendete Debatte um ein zentrales »Einheitsdenkmal« in Berlin, die erst jüngst eine überraschende Wendung erfuhr, als der erste Spatenstich für die oft verspottete und mehrmals verworfene »Einheitswippe« vor dem umstrittenen Humboldt-Forum handstreichartig während der Corona-Krise im Mai 2020 erfolgte.²⁰

In diesem weitläufigen Diskursfeld zur »Einheit« wurde immer auch über kollektive Zugehörigkeiten, individuelle Identitäten sowie gesellschaftliche In- und Exklusionen verhandelt. Was etwa das so rasch wie unvermittelt im Jahr 1990 wiederhergestellte »Vaterland« für die künftigen Geschlechterverhältnisse bedeuten würde, war nicht nur eine Frage, die Feministinnen in Ost und West umtrieb, die einen Rückfall in paternalistische Strukturen und Mentalitäten fürchteten.²¹ Abweichende Frauen-, Männer- und Familienbilder in Ost und West waren und sind ein hart umkämpfter Gegenstand intensiver Diskussionen, und gerade in diesem Feld erwies sich die andernorts oft artikuliertete Sehnsucht nach nationaler Vereinheitlichung – etwa im Feld der Renten- oder Lohnpolitik, aber auch etwa der Kinderbetreuung – als besonders spannungs- und konfliktgeladen. Die rechtsradikalen Ausschreitungen, Pogrome und Attentate, die in den 1990er- und 2000er-Jahren eine Spur der Gewalt durch den Westen und insbesondere den Osten der erweiterten Republik zogen und sich hier wie dort gegen ethnische, religiöse oder sexuelle Minderheiten richteten, machten die exkludierende Schattenseite der Einheitsdiskurse überdeutlich. Es war nicht zuletzt dieser nationale Homogenisierungsdrill, den die rechtsnationale »Alternative für Deutschland« vor allem nach 2015 propagandistisch für sich zu nutzen versuchte. Erst im Spätsommer 2019 ließen die AfD-Wahlkampfkampagnen mit dem knalligen Slogan »Vollende die Wende!« diese revisionistische Stoßrichtung wieder hervortreten, die das Wunsch- und Zerrbild eines nationalen Volkskörpers bedient, von dem sich die »kosmopolitischen« Eliten entfremdet hätten.²²

Diese oft konfligierenden Innen- und Außenblicke mit ihren inklusiven wie exklusiven Momenten sollten als integrale Themen einer weitgespannten politischen Diskursgeschichte der Einheit verstanden werden. Sie sind ein zeit-historischer Beobachtungsgegenstand par excellence, prägen aber zugleich die

Blickwinkel und jeweiligen Fragestellungen der historischen Forschungen in hohem Maße mit. Es verwundert daher kaum, dass sich entsprechende Forschungen bis zur Gegenwart auf noch unkartiertes beziehungsweise umkämpftes geschichtspolitisches Terrain begeben. Künftig sollte es der Forschung allerdings weniger darum gehen, aktiv in die zeitgenössischen Diskussionen über »Erfolg« oder »Scheitern« der Einheit einzugreifen, als vielmehr die Grundlagen dieser Debatten, ihre Akteure sowie die maßgeblichen Wahrnehmungs- und Deutungsweisen in ihren Formierungen und Wandlungen zum Gegenstand ihrer Untersuchungen zu machen.

Zeithistorikerinnen, Zeithistoriker und die Einheit

Wenn sich Zeithistorikerinnen und Zeithistoriker nunmehr intensiv mit der Geschichte der Einheit beschäftigen, betreten sie ein bereits dicht besetztes Feld und müssen dort erst einmal Gehör finden. Hans Günter Hockerts hat vor bald 20 Jahren drei Zugänge zur Zeitgeschichte unterschieden²³ und damit sehr nützliche Kategorien zur Beschreibung dieser Situation eingeführt: Primärerfahrung, Geschichtskultur und Geschichtswissenschaft. Die wissenschaftliche Zeitgeschichte besitzt keineswegs ein Deutungsmonopol, sondern konkurriert mit lebensgeschichtlich verankerten zeitgenössischen Erfahrungen, die zugleich mit kollektiv verfestigten Erzählungen und Deutungen der Vergangenheit kommunizieren. Diese überlappen sich wiederum mit jener offiziellen Geschichtskultur, die vor allem von staatlichen geschichtspolitischen Akteuren geprägt wird und an der auch Zeithistoriker und Zeithistorikerinnen partizipieren. In der Praxis gibt es also zahlreiche Überschneidungen zwischen den von Hockerts idealtypisch unterschiedenen Zugängen zur Zeitgeschichte.

Von Zeithistorikerinnen und Zeithistorikern wird dabei erwartet, dass sie ihre eigene Zeitzeugenschaft gleichermaßen einbringen und methodisch kontrollieren – Letzteres gelingt ihnen mal mehr, mal weniger. Das war schon deutlich, als es in den 1990er-Jahren noch darum ging, im Lichte des unerwarteten plötzlichen Endes der DDR deren Geschichte und Herrschaftssystem historisch aufzuarbeiten. Das weitverbreitete prognostische Debakel zwang nicht nur viele Sozialwissenschaftler, sondern auch manche Zeithistoriker in eine Selbstrechtfertigungshaltung, während andere sich umgekehrt in Rechthaberei gefielen. Es wird darauf zu achten sein, dass sich dieses Spiel 30 Jahre später nicht wiederholt – diesmal etwa mit Bezug auf die Frage, ob denn der

Prozess der Vereinigung als erfolgreich oder misslungen zu betrachten sei. Dies kann nur gelingen, wenn sich die Zeitgeschichte der Untersuchung der solchen Urteilen zugrunde liegenden Erwartungen und Maßstäbe zuwendet, anstatt einem ohnehin noch offenen historischen Prozess Zensuren zu erteilen. Wir plädieren für eine Zeitgeschichtsforschung, die sich vor allem den Menschen in ihrer Zeit zuwendet, anstatt sich mit Kategorien wie »geglückt« oder »gescheitert« an einer neuen Staatserzählung der vereinigten Bundesrepublik zu versuchen.

Gegenüber dem ostentativen Objektivitätsanspruch der frühen sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung der 1990er-Jahre ist mittlerweile ein stärkeres Bewusstsein dafür entstanden, dass mit diesem Anspruch auch subalterne Perspektiven marginalisiert werden können. Ohne damit einem identitätspolitisch aufgeladenen wissenschaftlichen Subjektivismus das Wort reden zu wollen, halten wir es für erforderlich, die Standortgebundenheit von Zeithistorikerinnen und Zeithistorikern in die Selbstreflexion aufzunehmen. Wiederholt sich nun 30 Jahre nach der deutschen Einigung das Spiel, dass eine Karawane westdeutscher Wissenschaftler nach Osten zieht, um dort ein mit Forschungsgeldern vorübergehend reichlich gedüngtes Forschungsfeld abzugrasen, um anschließend wieder wohlgemäset zurückzukehren? Diese rhetorische Frage beruht mittlerweile zumindest zum Teil auf falschen Voraussetzungen. 30 Jahre deutscher staatlicher Einheit haben es lebensgeschichtlich mit sich gebracht, dass die biografischen Zuschreibungen, auf denen diese beruht, ihre Eindeutigkeit verloren haben. Das zeigen die hybriden Biografien der Herausgeber dieses Jahrbuches ebenso wie die heterogene Zusammensetzung der Beiträgerinnen und Beiträger in diesem Band.

Die erste Ausgabe des *Jahrbuches Deutsche Einheit* versteht sich als Auftakt eines ambitionierten Programms, das sich nur schrittweise einlösen lässt. Dazu wird gehören, in den kommenden Bänden verstärkt den Blick von außen und nach draußen einzubringen. Nicht nur sollten künftige Ausgaben dieses Jahrbuches neben Bitterfeld auch Gelsenkirchen untersuchen, sondern auch die bisherige Begrenzung auf den nationalstaatlichen Untersuchungsraum Deutschland durch komparative Perspektiven überwinden. Auch sollen verstärkt nichtdeutsche Autorinnen und Autoren zu Wort kommen. Gewissermaßen als Startpunkt bietet die erste Ausgabe vor allem einen Überblick über die gegenwärtige Forschungssituation zur Geschichte der Deutschen Einheit. Die meisten Beiträge skizzieren Projekte, die eben erst begonnen wurden, und erlauben damit Einblicke in die gegenwärtigen Trends. Wie es sich für wissenschaftliche Forschung gehört, sind diese mitunter kontrovers, und die Heraus-

geber haben bewusst darauf verzichtet, hier zu glätten. Es geht uns vor allem darum, ein lebendiges, neues Forschungsfeld zu dokumentieren und zugleich Anstöße für die wissenschaftliche wie die gesellschaftliche Debatte um die Folgen der deutschen Vereinigung zu liefern. Wir danken allen Autorinnen und Autorinnen sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Christoph Links Verlags, dass sie dies unter ungewöhnlich großem Zeitdruck ermöglicht haben, sowie der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur für die finanzielle Unterstützung des *Jahrbuches Deutsche Einheit*.

Anmerkungen

- 1 Und weiter heißt es: »Einheit« erschien nun vielfach, speziell in Zukunftserwartungen, geradezu als Synonym für Ordnung, Harmonie, Gerechtigkeit, Glück und wurde in diesem Sinne von allen politischen Gruppen von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken beschworen. So vermochte sich die irrationale Faszinationskraft des Wortes in unserem Jahrhundert ebenso zur ideologischen Verschleierung der Wirklichkeit wie zur Mobilisierung der Massen zu bewähren.« Lothar Gall/Dirk Blasius, Art. »Einheit«, Tl. 4: Wort und Begriff der »Einheit« im deutschen Sprachraum, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhard Koselleck (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Studienausgabe, Bd. 2, Stuttgart 2004 [zuerst 1975], S. 121–151, hier: S. 150–151.
- 2 Vgl. Benedict Anderson, *Imagined Communities. Reflections on the Origins and Spread of Nationalism*, London 21991.
- 3 Siehe dazu auch den Beitrag von Raj Kollmorgen in diesem Band.
- 4 Rüdiger Graf/Kim Christian Priemel, *Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. Legitimität und Originalität einer Disziplin*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 59 (2011) 4, S. 479–508, hier: S. 480.
- 5 Vgl. ebd., S. 507–508.
- 6 Siehe v. a. Jenny Pleinen/Lutz Raphael, *Zeithistoriker in den Archiven der Sozialwissenschaften. Erkenntnispotenziale und Relevanzgewinne für die Disziplin*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 62 (2014) 2, S. 173–195.
- 7 Siehe dazu als eindrucksvolles Kompendium Raj Kollmorgen/Wolfgang Merkel/Hans-Jürgen Wager (Hg.), *Handbuch Transformationsforschung*, Wiesbaden 2015.
- 8 Heinrich Best/Everhard Holtmann (Hg.), *Aufbruch der entscherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung*, Frankfurt am Main 2012.
- 9 Antrag: *Vollendung der Einheit Deutschlands*, Deutscher Bundestag, Drucksache 12/815 – 19. 6. 1991.
- 10 Vgl. Marcus Böick/Angela Siebold, *Die Jüngste als Sorgenkind? Plädoyer für eine jüngste Zeitgeschichte als Varianz- und Kontextgeschichte von Übergängen*, in: *Deutschland Archiv* vom 16. 2. 2011, <https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/54133/juengste-zeitgeschichte?p=all> (Zugriff am 13. 3. 2020).
- 11 Vgl. den Beitrag von Kerstin Brückweh, Clemens Villinger und Kathrin Zöller in diesem Band.

- 12 Klaus Naumann, Sag' zum Abschied doch endlich servus. Das Ancien régime der Zeitgeschichte bleibt von der Gegenwart ungerührt: Sie kennt nur den Erfolg der Bundesrepublik, in: FAZ vom 30. 8. 2001, S. 44.
- 13 Vgl. aber Philipp Ther, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, aktualisierte Ausgabe, Berlin 2016; Ivan Krastev/Stephen Holmes, Das Licht, das erlosch. Eine Abrechnung, Berlin 2019.
- 14 Frank Bösch, Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann, München 2019.
- 15 Siehe hierzu insbesondere die seit 1996 jährlich veröffentlichten »Jahresberichte der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit«.
- 16 Vgl. Andreas Rödder, Wer hat Angst vor Deutschland? Geschichte eines europäischen Problems, Frankfurt am Main 2018.
- 17 Vgl. hierzu Andreas Wirsching, Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit, München 2012.
- 18 Siehe die mittlerweile digital zugänglichen Berichte der Kommissionen unter <https://enquete-online.de/> (Zugriff am 25. 6. 2020).
- 19 Siehe als Bilanz hierzu Arne Born, Literaturgeschichte der deutschen Einheit 1989–2000. Fremdheit zwischen Ost und West, Hannover 2019.
- 20 »Spatenstich für das Berliner Einheitsdenkmal«, in: Der Tagesspiegel vom 28. 5. 2020, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/nach-langem-streit-um-fledermaeuse-spatenstich-fuer-das-berliner-einheitsdenkmal/25869046.html> (Zugriff am 25. 6. 2020).
- 21 Gerade zu dieser Thematik existiert noch immer keine einschlägige zeithistorische Untersuchung. Zur Vorgeschichte vgl. Anna Kaminsky, Frauen in der DDR, Berlin 2016.
- 22 Siehe »Leben wir in einer ›DDR 2.0?«, in: Tagesschau vom 2. 8. 2019, <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/ddr-vergleich-wende-101.html> (Zugriff am 25. 6. 2020).
- 23 Hans Günter Hockerts, Zugänge zur Zeitgeschichte. Primärerfahrung, Geschichtskultur, Geschichtswissenschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 28/2001, S. 15–30.